

Der Kali-Krieg zwischen Belarus und Russland

Walerij Karbalewitsch, Minsk

Zusammenfassung:

Kalidünger ist für Belarus neben Erdölprodukten das zentrale Exportgut und damit eine wichtige Deviseneinnahmequelle. Nachdem Russland in 2012 bereits die belarussischen Dividenden aus dem Erdöllexportgeschäft beschnitten hat, drohte die Ende Juli 2013 erfolgte Aufkündigung des gemeinsamen Kali-Vertriebskartells durch den russischen Konzern »Uralkali« eine weitere wichtige Säule des belarussischen Außenhandels zu zerstören. Die belarussische Führung versuchte daher mit allen Mitteln eine Revision dieses Schritts sowie Schadensersatz zu erreichen und verhaftete Ende August überraschend den Geschäftsführenden Direktor von »Uralkali«. Bisher fiel die Reaktion der russischen Führung auf diesen Affront jedoch erstaunlich zurückhaltend aus. Der nachfolgende Artikel analysiert die Gründe, warum die vom belarussischen Präsidenten Lukaschenka angewandte Taktik der politischen Geiselnahme im Falle Moskaus offensichtlich erfolgreich ist.

Die Entscheidung des russischen Konzerns »Uralkali«, seine eigene Produktion nicht länger über die Belarussische Kali-Vertriebsgesellschaft (BKK) zu verkaufen und aus der Kooperation mit dem belarussischen Konzern »Belaruskali« auszusteigen, hat ein Erdbeben auf dem Weltmarkt für Kali-Salze ausgelöst. Denn dieser Markt war bisher das Monopol einiger weniger Akteure. So kontrollierten »Uralkali« und »Belaruskali« gemeinsam 42% des weltweiten Exports von Kalidüngern. An zweiter Stelle folgte das aus drei Konzernen bestehende nordamerikanische Exportkartell »Canpotex« mit einem Weltmarktanteil von 30%. Beide Kartelle beherrschten folglich über 70% des weltweiten Verkaufs von Kalidüngern. Damit konnten »Uralkali« und »Belaruskali« Großabnehmern, wie China und Indien, die Konditionen und Preise diktieren. Der Ausstieg von »Uralkali« aus der gemeinsamen Vertriebsgesellschaft bedeutete die Aufgabe dieser Monopolstellung. Dementsprechend ist der Preis für Kali auf den Weltmärkten in den Keller gegangen.

Das Ende des Monopols

Einen Erklärungsansatz für die Ende Juli erfolgte Aufkündigung des BKK-Kartells durch »Uralkali« sehen Experten darin, dass der russische Konzern sich für eine Dumping-Taktik entschied, d. h. die Preise für seine Waren künstlich senkte, um den Markt für sich zu erobern und die Konkurrenten zu verdrängen. Für Belarus hatte dies unmittelbare Folgen. Allein durch den gesunkenen Weltmarktpreis dürfte »Belaruskali« jährlich 1 bis 1,5 Mrd. US-Dollar an Einnahmen verlieren. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass »Belaruskali« über keine eigenständigen Vertriebsstrukturen verfügt, um seine Kali-Produkte ohne die Vermittlung von »Uralkali« zu verkaufen. Deswegen ist der belarussische Konzern hektisch auf der Suche nach neuen Partnern und versucht eine eigene Vertriebsgesellschaft aufzubauen. Ende August musste »Belaruskali« jedoch

zunächst in zwei seiner vier Bergwerke den Betrieb einstellen und die Mitarbeitergehälter um ein Drittel kürzen. All dies geschieht in einer Situation, in der das Land unter einem akuten Devisenmangel leidet.

Abgesehen vom enormen wirtschaftlichen Schaden stellte der Zusammenbruch des BKK-Kartells jedoch auch einen schweren psychologischen Schlag für den belarussischen Präsidenten dar. Lukaschenka nahm die Aufkündigung des Kartells durch »Uralkali« als persönlichen Verrat wahr und sann auf Rache. Die aktuelle belarussische Politik wird somit wesentlich von einem »posttraumatischen Syndrom« bestimmt. De facto hat Belarus dem Konzern »Uralkali« und damit zugleich auch Russland den Krieg erklärt. Der Beginn des Konflikts erinnert an einen politischen Krimi oder sogar einen Thriller: Der Generaldirektor von »Uralkali« Wladislaw Baumgertner wird – auf persönliche Initiative des russischen Premiers Dmitrij Medwedjew – zu Verhandlungen mit dem belarussischen Premierminister Mjasnikowitsch nach Minsk eingeladen und dort am 26. August verhaftet. Dies geschieht im Rampenlicht der Öffentlichkeit: Das Fernsehen zeigt den Generaldirektor von »Uralkali« demonstrativ in Handschellen, und in den staatlichen Medien findet eine groß angelegte Propagandakampagne statt.

Lukaschenkas Rache

Die juristischen Aspekte dieser skandalösen Verhaftung sind nebensächlich. Da in den Abkommen zur Bildung des BKK-Kartells vergessen wurde, die Regeln für den Austritt eines Teilnehmers aus dem Kartell zu bestimmen, kann »Uralkali« für seinen Schritt juristisch überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen werden. Doch die Beziehungen zwischen den Bündnispartnern Belarus und Russland entwickeln sich außerhalb des rechtlichen Raums. Den Vertretern von »Uralkali« wird vorgeworfen, sich bei den Geschäften im BKK-Kartell durch

Manipulationen und Machtmissbrauch bereichert zu haben. Aber die Geschäftsführung des Kartells war paritätisch besetzt. Es kann daher nicht sein, dass nur die russischen Vertreter Schuld tragen und die belarussischen Vertreter keine Verantwortung haben. Die belarussische Seite stellte sogar stets den Generaldirektor des BKK-Kartells. Von diesem werden dementsprechend alle Unterlagen unterschrieben, er ist für die laufenden Geschäfte verantwortlich – und damit auch für Manipulationen und Machtmissbrauch. Verhaftet wurde jedoch Wladislaw Baumgertner, welcher innerhalb des BKK-Kartells lediglich Vorsitzender des Aufsichtsrats ist, der sich nur einige Male im Jahr trifft. Der frühere Generaldirektor des BKK Walerij Iwanau wurde hingegen am 25. Juli 2013 zum stellvertretenden Vorsitzenden der belarussischen Präsidialadministration ernannt.

Der entscheidende Vorteil von Aljaksandr Lukaschenka gegenüber seinen Konkurrenten besteht darin, dass er bereits alle in der Politik geltenden Normen und Regeln verletzt hat. Entsprechend der Devise »Ist der Ruf erst ruiniert ...« muss er in dieser Hinsicht keinerlei Rücksichten mehr nehmen. Daher schreckt er auch nicht davor zurück, dass Instrument der Geiselnahme einzusetzen. Belarus ist damit weltweit das einzige Land, wo Geiselnahme zu einem Hauptinstrument der Außenpolitik geworden ist. Und der belarussische Präsident ist dabei, daraus eine hohe politische Kunst zu machen. Als Probleme mit der katholischen Kirche auftraten, wurde der Priester Lasar verhaftet. Und nun wurde Wladislaw Baumgertner in Geiselhaft genommen.

Strategische Ziele

Schwieriger ist die Frage, welche politischen Ergebnisse die politische Führung abgesehen von dem Motiv der Rache erreichen möchte. Aus den öffentlichen Auftritten Lukaschenkas lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Minsk möchte eine finanzielle Entschädigung für die Entlassung von Wladislaw Baumgertner von »Uralkali« erhalten. Dem belarussischen Ermittlungskomitee zufolge hat die russische Firma dem Land einen Schaden von 100 Mio. US-Dollar zugefügt. Man kann davon ausgehen, dass dies auch der Preis für die Freiheit von Wladislaw Baumgertner ist. Darüber hinaus hat Minsk erklärt, dass Baumgertner nur dann freigelassen werde, wenn in Russland ein Verfahren gegen ihn eingeleitet würde, so dass er in ein russisches Gefängnis überführt werden könne.
2. Minsk verlangt einen Austausch des Eigentümers von »Uralkali« und möchte, dass der Konzern anschließend wieder in das BKK-Kartell zurückkehrt.
3. Mit Hilfe der groß angelegten Propagandakampagne soll das Rating von Aljaksandr Lukaschenka gesteigert werden, in dem der Präsident angesichts

der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme als derjenige erscheint, der Belarus vor den hinterhältigen russischen Oligarchen schützt. Damit ist auch der Feind klar bestimmt, dem die Schuld für die anhaltende, sich vertiefende Finanzkrise des Landes zugeschoben wird.

Begrenzter Handlungsspielraum Putins

Die russische Führung befindet sich in einer schwierigen Lage. Denn einerseits ist die Verhaftung eines Topmanagers auf so brutale Weise ein Schlag für das Ansehen Russlands und seinen Anspruch auf den Status einer Weltmacht. Denn zusätzlich zur Verhaftung Baumgertners hat das belarussische Ermittlungskomitee auch gegen den Oligarchen Sulejman Kerimow, welcher der größte Einzelaktionär von »Uralkali« ist, ein Verfahren eingeleitet. Da Kerimow zudem noch Mitglied des Russischen Föderationsrats ist, war Russland gezwungen zu reagieren. Andererseits ist der Handlungsspielraum von Wladimir Putin beschränkt. Der Kreml hat sich daher gegen eine Eskalation des Konflikts entschieden. Hierfür lassen sich eine Reihe von Faktoren als Gründe bestimmen, die zweifellos auch die belarussische Seite berücksichtigt hat, als sie den Kali-Krieg eröffnete.

An erster Stelle ist der geopolitische Faktor zu nennen. Im Vorfeld des EU-Gipfels in Vilnius hat sich der Kampf zwischen Russland und der EU um die Kontrolle im postsowjetischen Raum verschärft. Brüssel plant in Vilnius mit mehreren Staaten, die sich an der Initiative »Östliche Partnerschaft« beteiligen, weitergehende Integrationsabkommen zu unterzeichnen. Um dies zu verhindern, hat Moskau eine massive Gegenattacke unternommen. Gegen die Ukraine wurde ein exemplarischer Zollkrieg geführt. Armenien wurde gezwungen, seinen Beitritt zur Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan zu erklären. Das Einfuhrverbot für Weine aus Moldawien bewerten Experten ebenfalls als Druckausübung auf Moldawien, um das Land zur Integration in das von Moskau dominierte Bündnis zu bewegen. Für die russische Führung kam der Kalikrieg mit Belarus daher zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt.

Vertreter der belarussischen Führung und die staatlichen belarussischen Medien betonten zudem nachdrücklich, dass es sich um keinen Konflikt mit dem russischen Staat handle, sondern um eine Auseinandersetzung mit »Uralkali« sowie dem gerissenen Sulejman Kerimow und seiner Mannschaft. Da die Oligarchen in Russland unbeliebt sind, war Lukaschenka der Beifall der russischen Wählerschaft sicher. Eine Verteidigung des Hauptaktionärs des russischen Kalikonzerns hätte dem russischen Präsidenten somit keine politischen Dividenden gebracht. Zudem gehört Kerimow zum Clan von Dmitrij Medwedjew. Das Ansehen Keri-

mows ist selbst in der durchaus kriminell veranlagten russischen Business-Elite schlecht, ihm wird die Beteiligung an feindlichen Übernahmen vorgeworfen. Außerdem tauchten Gerüchte auf, dass er der russischen Opposition Finanzmittel zukommen habe lassen.

Beschwichtigungsversuche des Kremls

Angesichts dieses widersprüchlichen Umfelds setzte Moskau auf eine kombinierte Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. So kündigte Russland an, die Erdöllieferungen im 4. Quartal zu reduzieren. Ebenso wurde die Auszahlung der letzten Rate des Kredits aus dem Eurasischen Antikrisenfonds in Höhe von 440 Mio. Euro verzögert. Gleichzeitig versuchte der Kreml, Lukaschenka friedfertig zu stimmen. Mit dem Präsidenten des Konzerns »Rosneft« Igor Setschin, »Gasprom«-Chef Aleksej Miller und dem Leiter der »Sberbank« Germann Gref reisten am 12./13. September drei Top-Manager der größten staatlichen Business-Strukturen Russlands nach Minsk und wurden vom Präsidenten empfangen. Zudem kamen sie nicht mit leeren Händen, sondern brachten Geschenke mit: So bot Germann Gref Investitionen in Höhe von 800 Mio. US-Dollar für die Erdölraffinerie in Mosyr und das belarussische Automobilwerk (BelAS) und übermittelte außerdem die angenehme Nachricht, dass der Kredit in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar, den die »Sberbank« in 2011 an »Belaruskali« gegen eine Regierungsgarantie ausgezahlt hatte, refinanziert werde. Dies ist für Belarus von außerordentlicher Bedeutung, denn das Land verfügt derzeit nicht über die zur Schuldentrückzahlung erforderlichen Devisen.

Desweiteren berichteten die russischen Medien, dass der Hauptaktionär von »Uralkali« Sulejman Kerimow eiligst seine Anteile am Konzern verkaufen wolle, wodurch unter den Oligarchen ein Konkurrenzkampf um den Kauf dieses Aktienpakets ausgelöst wurde. Denn Belarus könnte mit seiner Kriegserklärung dem russischen Konzern großen Schaden zufügen. Nicht nur droht den leitenden Managern eine Verhaftung durch Interpol. Belarus hat auch die Möglichkeit, sich an die Gerichte anderer Länder zu wenden und dort den Einzug des Eigentums von »Uralkali« zu verlangen, um dadurch den »Belaruskali« entstandenen Schaden zu ersetzen. Durch die langwierige gerichtliche Auseinandersetzung wäre der russische Konzern partiell paralysiert.

Die belarussische Seite versprach der russischen Führung mehrmals, den Generaldirektor von »Uralkali« freizulassen. Am 19. September erklärte der belarussische Präsident persönlich bei einer Sitzung: »Wenn die russischen Ermittlungsorgane an der Ausweisung des Inhaftierten interessiert sind, so sehe ich hier keine besonderen Hindernisse. Wir hängen absolut nicht an ihm.« Die russische Staatsanwaltschaft erklärte sich dementsprechend bereit, die von den belarussischen Rechtsorganen

gegen »Uralkali« erhobenen Vorwürfe zu verfolgen, und leitete ebenfalls ein Untersuchungsverfahren ein. Ein Moskauer Gericht stellte einen Haftbefehl für Baumgartner aus. Der Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka und sein Stellvertreter reisten sogar eigens nach Minsk, um eine Lösung des Problems herbeizuführen.

Lukaschenkas Triumph

Doch die Freilassung erfolgte nicht. Diese Verzögerungstaktik lässt sich mit persönlichen Faktoren erklären. Die belarussische Politik wird in vielem durch die Psychologie Lukaschenkas bestimmt. Angespornt durch die verhaltene Reaktion Moskaus folgte der belarussische Präsident, dass er einen moralischen, politischen und psychologischen Sieg über Wladimir Putin errungen habe. Die belarussischen staatlichen Medien organisierten ein Feuerwerk der Lobpreisungen anlässlich des historischen Sieges über den mächtigen und hinterhältigen Feind. Eine derart pathetische Ruhmeshuldigung an die Adresse des Präsidenten hat es bei uns schon lange nicht mehr gegeben. In der »Sowjetskaja Belorussija« war beispielsweise am 20. September 2013 zu lesen: »Der Präsident, der das Land verkörpert, hat die Herausforderung angenommen und nicht vor der unglaublichen erpresserischen Gewalt kapituliert, er ist nicht zu Kreuze gekrochen und hat sich nicht angebeerdigt, sondern ist mit offenem Visier, wie die Schöpfer der Heldenepen schreiben, in den Kampf gezogen und hat gewonnen«. Mit anderen Worten: Ein echter Recke.

In dem Gefühl des Sieges entschloss sich Aljaksandr Lukaschenka Vabanque zu spielen und erhöhte seinen Einsatz im Spiel deutlich. Denn wie stets sah er die Nachgiebigkeit des Gegners für Schwäche an und strebte einen vollständigen, unzweifelhaften Sieg im Kali-Krieg an. Für Lukaschenka ist es nicht genug, den Feind zu Fall zu bringen, er muss ihn auch noch mit den Füßen zertreten. Lukaschenka wollte in vollem Umfange die Erniedrigung der russischen Führung genießen. Hierzu fuhr er zunächst am 23. September nach Sotschi zur Sitzung des Kollektiven Verteidigungspaktes, während Baumgartner weiter im Gefängnis saß, so dass Lukaschenka vom Siegespodest auf Wladimir Putin herabblicken konnte.

Die nächste Etappe war psychologisch noch wichtiger. Lukaschenko erwartete, dass der russische Präsident zum gemeinsamen belarussisch-russischen Manöver am 26. September nach Belarus kommen würde, ohne dass die Häftlingsfrage gelöst wäre. Wladimir Putin war der heikle und doppelbödige Charakter der Situation, in die Lukaschenka ihn gebracht hatte, vollkommen klar. Offensichtlich machte er die Entlassung Baumgartners zur Bedingung seiner Reise nach Belarus, doch Lukaschenka wollte nicht nachgeben. Daher wurde eine Kompromisslösung gefunden, mit der in diesem Augenblick

beide Seiten leben konnten: Baumgertner wurde aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt.

Am 24. Oktober kam Putin nochmals zum GUS-Gipfel nach Minsk, während der Generaldirektor von »Uralkali« sich weiterhin unter Arrest befand. Für das offizielle Minsk ist es nun wichtig, eine Pause einzulegen und Baumgertner noch eine Weile weiter festzuhalten. Denn jeder zusätzlicher Tag, den Baumgertner unter Arrest verbirgt, bedeutet eine weitere Portion an psychologischem Doping durch das erhebende Gefühl, die Führung eines Landes mit Großmachtanspruch zu erniedrigen.

Erfolgreiche Geiselnahme

Nach der Verhaftung Baumgertners hatten die russischen liberalen Medien empört geschrieben, dass Geisel-

nahme nicht zivilisiert sei und die belarussischen Behörden mittelalterliche Methoden anwenden würden, dass Lukaschenka sich nicht angemessen verhalte etc. Doch die Reaktion des Kremls zeigt, dass das Instrument der Geiselnahme im Falle Russlands funktioniert. Moskaus Versuche, Lukaschenka friedlich zu stimmen, haben dieses Instrument faktisch legitimiert. Im Falle der Beziehungen zur EU ist Lukaschenkas Handel mit politischen Gefangenen nicht erfolgreich. Doch für Russland hat Lukaschenka eine verständliche Sprache gesprochen. Denn diese wird auch von den russischen Oligarchen verwendet, die dem Kreml nahestehen, um die sie interessierenden wirtschaftlichen Filetstücke für ihr Geschäft herauszupressen.

Übersetzung aus dem Russischen von Astrid Sahn

Über den Autor:

Walerij Karbalewitsch, geb. 1955, Politikwissenschaftler, arbeitet für das Minsker Analysezentrum »Strategija« und beschäftigt sich mit dem politischen System, der Zivilgesellschaft sowie der Außen- und Sicherheitspolitik von Belarus. Als politischer Beobachter kommentiert er außerdem wöchentlich aktuelle Entwicklungen in der Zeitung »Swobodnye nowosti-plus«.

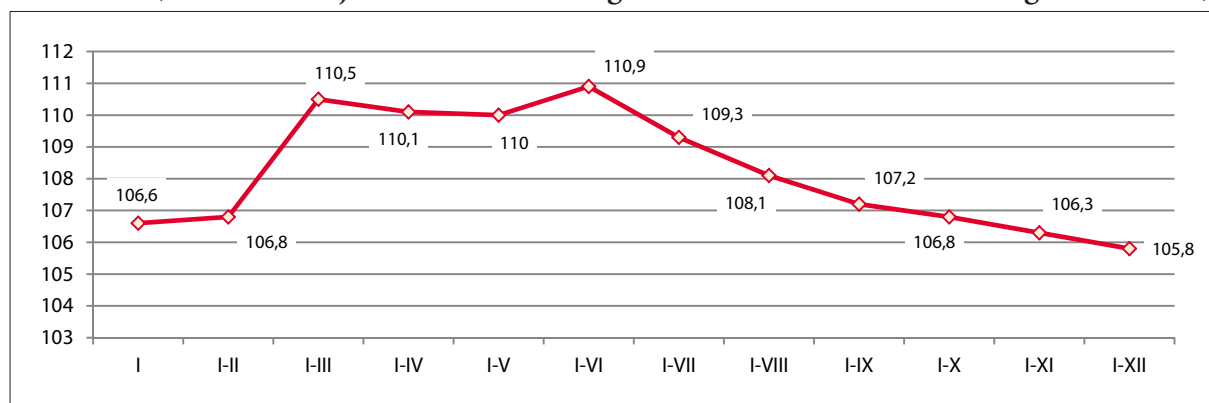
Lesetipps:

- Robert Kirchner: Turbulenzen auf dem Kali-Weltmarkt: Auswirkungen auf Belarus, Newsletter des German Economic Team Belarus, Ausgabe 24, Juli–August 2013, <http://get-belarus.de/download/Newsletter/2013/Newsletter_24_2013_GET%20Belarus.pdf>
- Kamil Kłysiński / Agata Wierzbowska-Miazga: A Russian-Belarusian conflict against a backdrop of potassium fertilisers, in: EastWeek, Newsletter of the Warsaw Center for Eastern Studies, 4.9.2013, <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/eastweek/2013-09-04/a-russianbelarusian-conflict-against-a-backdrop-potassium-fertilisers>>

STATISTIK

Außenhandel und Kaliexport

Grafik 1: Entwicklung der Industrieproduktion
(in % zum Vorjahreszeitraum in vergleichbaren Preisen, 2012 im Vergleich zu 2011)



Quelle: *Sozialno-ekonomitscheskoje poloshenie Respubliki Belarus w janwarje–sentjabre 2013 g., Promyslennost*, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/doclad/2013_9/5.pdf>